1

chend angepasst. Der TLfDI wird daher zu gegebener Zeit erneut seine Vorschläge zu dieser wichtigen Thematik an die Fraktionen des Landtags übermitteln.

Der Gesetzentwurf orientierte sich an den Vorgaben der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Saarlouis (Urteil vom 30. August 2010, 3B 203/10). Danach sind Medienunternehmen unter der Voraussetzung, dass das Persönlichkeitsrecht der bei der Sitzung anwesenden Personen nicht durch die Berichterstattung beeinträchtigt wird, berechtigt, von öffentlichen Sitzungen in Bild und Ton zu berichten. Unter diesen Voraussetzungen ist auch ein Live-Mitschnitt einer öffentlichen Stadtratssitzung für das Internet als zulässig anzusehen. Ein Beispiel einer solchen Fallkonstellation stellt die Übertragung öffentlicher Sitzungen des Stadtrats Erfurt in der Verantwortlichkeit der Zeitungsgruppe Thüringen aufgrund eines Bewilligungsbescheids der Stadtverwaltung Erfurt dar. Hierbei gelten neben dem Datenschutz auch presse- bzw. rundfunkspezifische Rechte. Das Persönlichkeitsrecht der bei der Sitzung anwesenden Personen, wie Stadratsmitglieder, Besucher und städtische Beschäftigte, wird aufgrund spezieller Regelungen der Geschäftsordnung des Stadtrats, die auf der Homepage der Stadt Erfurt veröffentlicht wurden, garantiert. So ist vor der jeweiligen Stadtratssitzung die Kamera so zu positionieren, dass nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden. Auch haben die beteiligten Personen die Möglichkeit, ihrer Aufnahme zu widersprechen. Im Ergebnis bestehen daher keine datenschutzrechtlichen Bedenken gegen diese „Erfurter Lösung“.

Nicht zum ersten Mal soll an dieser Stelle ein kleiner Appell erfolgen: Das Recht muss sich konsequent an neue gesellschaftliche und technologische Entwicklungen anpassen. Insbesondere muss allgemeines und spezielles Verfahrensrecht an neue Kommunikationsmittel und Kommunikationsgewohnheiten angepasst werden. Dies gilt auch für die ThürKO: Der TLfDI hatte bereits vor drei Jahren einen Vorschlag für eine Regelung unterbreitet, wie Sitzungen des Gemeinderats im Internet live und datenschutzkonform übertragen werden können. Bislang griff der Gesetzgeber diesen Vorschlag nicht auf. Der TLfDI übt sich daher auch auf dieser Baustelle im Bohren dicker Bretter.